

## Freie Fahrt für städtische Busse

Unter diesem Motto steht die Unterschriftensammlung einer neu gegründeten Initiative der Busbenutzerinnen und Busbenutzer, die fordert, daß der Gemeinderat der Stadt Luxemburg endlich die Priorität auf den öffentlichen Transport legt und die Attraktivität ihrer Busse steigert. Als ersten Schritt fordert die Initiative die Verlängerung der Busspur in der Avenue de la Liberté über den Pariserplatz hinaus bis hin zum Bahnhof.

Der Mouvement Ecologique unterstützt diese Initiative, die sich auch als Gegenaktion zur Kampagne des Luxemburger Geschäftsverbandes versteht, der auf rot-weiß-blau umrandeten Plakaten weitere Parkhäuser für das Zentrum forderte. Doch die Gegenaktion scheint zu spät zu kommen, konnte man doch im Journal (5.4.1989) lesen, daß 4 neue Parkings für die Hauptstadt geplant sind. Besonders die zwei Tiefgaragen unter dem Platz Winston Churchill und unter dem Boulevard Royal werden sicher weiter zum Verkehrschaos beitragen. Zu letzterem Projekt gibt Anne Brasseur zu bedenken, "daß leider die Genehmigung des Bautenministers noch nicht vorliegt". Bleibt nur zu hoffen, daß Bus- und Fahrradfahrer Marcel Schlechter die Genehmigung verweigern wird. ff

## Papst verordnet Eid

Wie "Publik-Forum" (Nr.6/24.3.1989) zu berichten weiß, müssen Theologen (Priester und Laien) seit dem 1. März 1989 bei der Amtsübernahme außer dem üblichen Glaubensbekenntnis einen Treueid ablegen, daß sie in Wort und Tat der Lehre der Kirche folgen, ihre Gesetze beachten sowie den Bischöfen und dem authentischen Lehramt gehorchen werden. Begründet wird diese Neuerung - die an den von Papst Pius X. eingeführten und 1967 abgeschafften Antimodernisteneid erinnert - mit der Tatsache, daß das Glaubensbekenntnis keine unmittelbaren Aussagen zur verbotenen künstlichen Empfängnisverhütung, zur Nicht-Zulassung der Frauen zum Priesterstand, zum Ausschluß der wiederverheirateten Geschiedenen von den Sakramenten, usw. enthält. Die in "forum" Nr. 109-110 nachgezeichnete Tendenz des aktuellen Papstes, den christlichen Gehorsam als Kadavergehorsam zu verstehen, wird somit für die in der

Kirche Lehrenden immer peinlicher. In derselben Nummer deckte "Publik-Forum" auf, daß neuernannte Bischöfe einen geheimen Eid schwören müssen, mit dem sie sich ganz präziser Aufgaben in der ihnen anvertrauten Diözese verpflichten. So mußte der neue Erzbischof von Salzburg die finanzielle Sanierung seiner Diözese beschwören. Andere Bischöfe hätten auch schon den Auftrag erhalten, bestehende synodale Strukturen in ihrem Bistum wieder abzubauen. m.p.

## 11% für die Rechte

Wir dokumentieren nebenstehend einen weiteren Text aus der deutschen rechtsextremen Zeitschrift Nation Europa. (siehe "forum" Nr.109/110) Auch wenn dieser Text nicht von den Luxemburger Rechtsextremisten selbst verfaßt wurde, so stammen, die dort enthaltenen Informationen sicher aus rechten Insider-Kreisen. Er gibt Aufschluß über die Stimmung der Luxemburger Nationalisten und zeigt ihre Zuversicht für die nächsten Wahlen.

### Luxemburg

„Ech si stolz Letzebuenger ze sin!“ (Ich bin stolz, Luxemburger zu sein) und „Letzebuerg de Letzebuenger!“ (Luxemburg den Luxemburgern!) — solche Aufkleber sieht man derzeit zu tausenden auf Heckscheiben und im Straßenbild von Luxemburg. Sie sorgen für erhebliche Aufregung bei den etablierten Parteien, sind sie doch Werbemittel der „National Bewegung“ (Postkëscht 38, L-3761 Téiteng), eine Bewegung, die sich im Stil der Front National Frankreichs für luxemburgische Identität einsetzt und zur Europawahl antritt. Gesammelt werden auch Unterschriften für eine „Petition für europäische Identität“, in der gegen eine Aufnahme nichteuropäischer Länder wie der Türkei, Marokko oder Israel in die EG protestiert wird. „Europa den Europäern! Für ein Europa freier und autonomer Völker!“, heißt es abschließend.

Angesichts eines hohen Ausländeranteils und der Tatsache, daß die „National-Bewegung“ mit ihren Nebenorganisationen unter den 265 000 Staatsbürgern Luxemburgs etwa 1300 Mitglieder zählt, rechnen selbst Gegner mit einem Europawahlergebnis von bis zu 11 % für die Rechte. -erst-

Damit unsere Leser sich ein genaueres Bild von dieser Zeitschrift machen können, bringen wir folgende Beschreibung aus einem rezenten Buch über die Presse der Neuen Rechten in der BRD:

Nation Europa, die "Monatszeitschrift im Dienst der europäischen Neuordnung" (so der Untertitel), gilt in rechten Kreisen "als ein geistiges Führungsorgan des europäisch orientierten Nationalismus neuen Stils" (Nationalpolitische Studien 5/78). Die Zeitschrift erscheint seit 1951 in Coburg und "entwickelt sich rasch zu einer der wichtigsten 'ideenpolitischen' bzw. ideologiestrategischen Schaltzentren im Neofaschismus der Bundesrepublik" (Opitz 1984, S.261). Nation Europa ist ein Forum rechten Gedankenaustausches. (... und ) wurde bereits 1951 vom ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Chef der "Bandenbekämpfung" im Führerhauptquartier Arthur Ehrhardt gegründet. (...) Kurz vor seinem Tode verfaßte Ehrhardt einen "Aufruf zum Widerstand gegen den Volksmord", in dem er das Schreckgespenst eines von dunklen Mächten lange geplanten "Genozidanschlags" gegen das deutsche Volk durch "biologische Überfremdung" und "Geburtenrückgang" an die Wand malt. (...) Peter Dehust, der Nation Europa nach dem Tode Ehrhardts in dessen Geist weiterführt, sieht die Aufgabe u.a. darin, "die geistigen Waffen für diesen Kampf auf Leben und Tod bereitzustellen."

aus: Siegfried Jäger (Hrsg), Rechtsdruck, Die Presse der Neuen Rechten, Bonn 1988, Verlag J.H.W. Dietz, S.147.

## Les Eglises brésiliennes contre le paiement de la dette

Les Eglises catholique, luthérienne, méthodiste, épiscopale, presbytérienne et réformée du Brésil ont co-signé vendredi 31 mars, à Rio, un document hostile au paiement de la dette extérieure du pays. Le conseil national des Eglises chrétiennes (CONIC) déclare qu'à partir de maintenant les ministres des différents cultes devront orienter leurs paroissiens sur ce thème. "La position du candidat à la présidence de la République par rapport à la dette devra être un facteur déterminant pour le vote à la présidentielle de novembre prochain", annonce le texte.

"La dette extérieure ne doit pas être payée, car elle a déjà été payée; continuer à la payer ne fait qu'aggraver la condition de misère du peuple brésilien", affirme le CONIC. L'institution suggère également que la Conférence nationale des évêques du Brésil (CNBB) adopte la "crise de la dette extérieure" comme thème de sa pro-

chaîne campagne annuelle de la fraternité. Le Monde, 2-3/4/1989

**S.O.S.-Racisme**

Vient de paraître une brochure de S.O.S.-Racisme, qui résume les positions de ce mouvement. Sous le titre "J'y suis, j'y reste", sont traités le droit au travail, les droits politiques (droit de vote, naturalisation, statut des étrangers etc.) le droit à l'éducation et le droit à la culture. La brochure est rédigée en français avec des résumés en allemand et en portugais. Elle peut être obtenue en versant 50 flux au CCP 91572-04 de S.O.S.-Racisme.

**Benzinfirmen verstoßen gegen Denkmals- und Landschaftsschutz**

Q8, Aral, Shell,... Wer die Grenze nach Luxemburg überquert, ganz gleich aus welcher Richtung er kommt, dem ist oft schon von drüben sichtbar, daß wir drauf aus sind, ihm Benzin zu verkaufen, billig, billig, aber auch Zigaretten, Autoreifen,

usw. Dieser Verschandelung des Landschafts- und Ortsbildes durch überproportionierte Reklamen wollen die Verantwortlichen von "Sites et Monuments" nun auf den Pelz rücken. Gegen Q8 laufen schon Prozesse, woraufhin die Firma sich bereit erklärte, gewisse Auswüchse einzuschränken. Gegen Aral wurde vor kurzem Klage eingereicht. Diese Firma hat vor wenigen Monaten sozusagen über Nacht mehrere Tankstellen nach dem Standardmuster deutscher Autobahntankstellen in die

Luxemburger Landschaft oder gar - so in Echternach- mitten in historische Ortschaften gepflanzt. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigung für Leuchtreklamen ist keine Spur. In Wemperhardt ist die dortige Gendarmeriebrigade von sich aus wegen illegaler Tankstellenumbauten vorgegangen. Zu hoffen bleibt nur, daß die Betreiberfirmen schnellstens umdenken oder die Gerichte Strafgerichte verhängen, die von einer Wiederholung abschrecken.

m.p.

**Wourun denkt de Minister**



Aus einer Reihe von satirischen Plakaten, die G.W. Stoops für den SEW gestaltet hat.

**beim Wuert REFORM?**

TAZ 8.4.89

**Auch der Südpol soll dran glauben**

**Auf den letzten unberührten Kontinent der Welt warten beim anvisierten Rohstoffabbau jede Menge Katastrophen**

Brasilien will den Amazonas alleine kleinkriegeln und wehrt sich vehement gegen jeglichen „ökologischen Kolonialismus“, im arktischen Alaska hat das Sterben schon begonnen, und auch am südlichen Pol, der Antarktis, stehen die Zeichen auf Sturm. Einen Vorgeschmack hat der Kontinent mit den gigantischen Ausmaßen von 14 Mio. Quadratkilometern eisiger Fläche in jüngster Zeit mehrmals erlebt: Vor der Nordküste verloren zwei Versorgungsschiffe zu Beginn des Jahres Riesensmengen Öl. Tonnenweise Krill starb, Jungvögel und ganze Pinguinjahrgänge wurden ausstrahlt. Chilenische und argentinische Forscher warnten danach vor den verheerenden Folgen der Ölpest.

Davon redet heute kaum noch jemand. Vielleicht erst dann wieder, wenn ein Ölleck das hyperempfindliche Ökosystem zum Kollaps bringt. Es übersteigt die Vorstellungskraft vieler, daß ein Fußabdruck im antarktischen Moos 20 Jahre sichtbar bleibt, eine Bananenschale gar 100 Jahre braucht, bis sie zersetzt ist. Und erst ein Ölleck? Wie da von Schadensersatz reden? Wahrscheinlich wird sich der Verursacher wie jüngst der Exxon-Chef in Alaska entschuldigen: Kotau vor der Natur.

Der Einstieg in dieses Szenario wurde mit dem am 2. Juni 1988 im neuseeländischen Wellington paraphierten Vertragswerk zur Regelung des Abbaus von Rohstoffen (CRAMRA) am Südpol geschaffen. Noch bis zum 25. November 1989 geben sich die 20 Vollvertragsstaaten Zeit zur Zeichnung, um die Konvention, an

der jahrelang behind closed doors fieberhaft gearbeitet wurde, endgültig zu ratifizieren. Doch die Würfel sind gefallen. Seitdem geologische Studien beweisen, daß unter der riesigen Süßwasser-Eiskuppel ungeahnte Bodenschätze — Öl, Eisenerz, Kohleflöze etc. — lauern, wird nur noch um das „Wie“ eines salonfähigen Absahmens des „Reservoirs“ gefeilscht.

Besonders die deutsche Gangart spricht Bände. Gerade noch rechtzeitig sprang man auf den fahrenden Zug auf und wurde 1978 Vollmitglied im Antarktisausbeutungsverband — bezahlt mit Hunderten von teuren Millionen für Forschungsprogramme, Winterstation, einen Eisbrecher und ein Forschungsinstitut in Bremen. Aber irgendwann wird es sich lohnen, so glaubt Forschungsminister Riesenhuber (CDU). Das glauben sie alle, die Industrienationen. Vorerst beschwichtigen sie. „Ein Rohstoffabbau ist, wenn überhaupt, dann erst weit nach dem Jahr 2000 denkbar“, so Riesenhuber. Dabei spielen eben nicht allein die Ökologie eine Rolle, sondern auch die Entwicklung der Rohstoffpreise. Die in Wellington damals noch vom Auswärtigen Amt geleitete deutsche Delegation plädierte denn auch in erster Linie für internationale Bergbauvorschriften in der Antarktis, die „praktisch handhabbar“ seien. Natürlich habe ein anzustrebendes Rohstoffabkommen das Ziel, einen „effektiven Schutz“ der dortigen Umwelt- und Ökosysteme zu gewährleisten. Heute liegt der Vertrag zur Zeichnung im Wirtschaftsministerium. „Da liegen die wahren In-

teressen“, so eine Greenpeace-Sprecherin in Hamburg. Andere wurden noch deutlicher. Der US-Geologe Michael Halbouty 1985 im 'Wallstreet Journal': „Für mich ist es keine Frage, daß die Antarktis unter den Bohrer kommt.“

Doch die Natur hat auch Lobbyisten. Neben Greenpeace, die sich schon seit Jahren gegen ein Rohstoffabkommen und für einen „Weltpark Antarktis“ einsetzen, äußern sich auch zunehmend Wissenschaftler kritisch. Das Institut des französischen Meeresbiologen Cousteau startete kurz nach Bekanntwerden der Ölpest in Alaska eine Aktion in der Pariser Tageszeitung 'Le Parisien', die innerhalb kurzer Zeit 50.000 Unterschriften für einen „Weltpark“ Antarktis zusammenbrachte. Noch bemerkenswerter ist die Petition von 81 neuseeländischen Wissenschaftlern, die allesamt an Antarktis-Forschungsprogrammen beteiligt waren. Sie forderten im November 1988 eine Ersetzung der Rohstoffkonvention durch eine Vereinbarung, die kommerzielle Rohstoffsuche und -ausbeutung ausschließt.

Von den 1988 anwesenden 20 Vollmitgliedstaaten müssen 16 das Vertragswerk zeichnen. Cousteau glaubt, durch öffentlichen Druck vier bis fünf Staaten an der Zeichnung zu hindern. „Einerseits ist es ermutigend, daß nach all den Jahren auf das, was wir sagen, gehört wird. Andererseits ist es deprimierend, daß es nicht früher geschah. Man hätte so viel Zerstörung verhindern können.“ Damit nicht noch mehr kaputtgeht: packen wir's an! *Andrea Seibel*